

Westmächte verzichten auf Interzonenpaß

Note an Semjonow: Verkehr freigeben! — Jeder kann in die Bundesrepublik fahren

Bonn (Eigenmeldung DPA). Seit dem 16. November, null Uhr, kann jeder Bewohner der Sowjetzone ohne Interzonenpaß und Aufenthaltsgenehmigung in die Bundesrepublik einreisen. Er braucht den westdeutschen Grenzbeamten nur noch seinen Personalausweis zu zeigen. Lediglich die sowjetzonalen Grenzstellen verlangen nach wie vor Interzonenpässe. Deutlicher als durch viele Worte ist damit klar, wer die deutsche Wiedervereinigung zu verhindern sucht.

Nachdem alle Verhandlungen mit der sowjetischen Besatzungsmacht über die Abschaffung der Interzonenpässe ergebnislos geblieben waren, und Moskau schließlich die Ausstellung der Pässe offiziell Pankow übertrug, um weiteren Verhandlungen aus dem Wege zu gehen, haben die Westmächte ihrerseits für Westdeutschland den Interzonenpaß-Zwang aufgehoben. Die drei Oberkommissare teilten ihren Entschluß, daß nunmehr jeder Bewohner der Zone ohne Paß in die Bundesrepublik einreisen könne, dem sowjetischen Oberkommissar Semjonow in gleichlautenden Schreiben mit.

Von westlicher Seite war auf die ausweichenden Antworten der Sowjets immer wieder erklärt worden, die Alliierten hätten 1945 die Interzonenpässe eingeführt, sie hätten deshalb auch die Pflicht, sie wieder abzuschaffen. Diese Aufgabe könne nicht auf deutsche Stellen abgeschoben werden.

Die Bundesregierung hat sich in Übereinstimmung mit dem Beschluß der westlichen Oberkommissare sofort bereit erklärt, gleichzeitig auf die bisher erforderlichen Aufenthaltsgenehmigungen für Besucher aus der Zone zu verzichten.

In einer Stellungnahme aus Regierungskreisen in Bonn wird betont, daß der Beschluß der drei Westmächte im Einvernehmen mit der Bundesregierung erfolgt sei. Die Bundesregierung habe sich, indem sie

ihre Seite auf die Aufenthaltsgenehmigungen verzichtete, im Rahmen ihrer auf die Wiedervereinigung Deutschlands gerichteten Politik von dem Bestreben leiten lassen, ihren eigenen Beitrag zur Wiederherstellung der vollen Freizügigkeit zu leisten.

Wenn dieses Ziel mit dem jetzt bekanntgegebenen Schritt der drei Westmächte und der Bundesregierung noch nicht voll erreicht sei, so liege die Verantwortung dafür ausschließlich bei der sowjetischen Besatzungsmacht und bei den Behörden in der Sowjetzone.

Wie in Regierungskreisen weiter erklärt wird, trage die von der sowjetischen Besatzungsmacht vorgenommene Verlagerung der Befugnis zur Ausstellung von Interzonenpässen an die Sowjetzonenbehörden nur wenig zur Erleichterung des Interzonenverkehrs bei.

Wenn den Sowjets wirklich an der Wiederherstellung des

freien Verkehrs über die Zonen-
grenzen gelegen sei, müßten sie
nunmehr ihrerseits den Gegen-
schritt tun und den Interzonen-
paßzwang aufheben.

In den Oberkommissar Semjonow übergebenen Noten der westlichen Oberkommissare heißt es: „Ich bedaure, feststellen zu müssen, daß Sie sich noch immer außerstande sehen, diesen Vorschlag (— den Interzonenpaßzwang abzuschaffen —) anzunehmen, der dem Wunsch entsprang, eines der noch verbleibenden Hindernisse für die Wiedervereinigung Deutschlands aus dem Weg zu schaffen.“ Es sei die Politik der Westmächte, alles nur Mögliche zu tun, um die Wiedervereinigung des deutschen Volkes zu ermöglichen.

Die Noten an Semjonow schließen mit der Feststellung, man hoffe noch immer, daß Semjonow instande sein werde, auf die „Forderung der Vorweisung eines Interzonenpasses durch deutsche Staatsangehörige... zu verzichten“.

Solange dies nicht möglich sei, würden die westlichen Behörden weiterhin auf Antrag Interzonenpässe für die westlichen Reisenden ausstellen, von denen die Sowjets bei der Einreise Interzonenpässe verlangten.

Der Forschungsbeirat tagte

Berlin (DPA). Der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen tagte am 9. und 10. November im Berliner Bundeshaus.

Prof. Dr. Thalheim berichtete über die Auswirkungen des sogenannten neuen Kurses auf die

gewerbliche Wirtschaft in der Sowjetzone. Dr. Kunze erörterte Probleme, die sich in der Sowjetzone bei der Wiedervereinigung im Rahmen der Verkehrswirtschaft ergeben können. Prof. Dr. Kramer gab im Agrarausschuß des Beirats eine Ernährungsbilanz auf Grund der Ernte 1953.

Jakob Kaiser:

Neue Impulse für die Einheit

Angespannter als manches andere Volk, das sich zur freien Welt rechnet, hat das deutsche Volk den Notenwechsel der letzten Jahre zwischen der Sowjetunion und den Westmächten verfolgt. Wir liegen nun einmal im Spannungsfeld zwischen Ost und West. Ganz Deutschland, insbesondere aber unsere mitteldeutsche Bevölkerung, gehört unmittelbar zu den Leidtragenden des kalten Krieges.

Die Bevölkerung Mitteldeutschlands weiß, daß die Deutschen der Bundesrepublik nicht die Macht haben, aus eigener Kraft ihr Schicksal zu wenden. Sicherlich versuchen wir Tag für Tag das schwere Los der Zone zu mildern. Aber gemessen an ihrer Not und ihren Erwartungen ist es nur wenig, was wir bis jetzt tun konnten.

Dabei ist es uns eine besondere Genugtuung, daß es uns gelungen ist, die Aufhebung der Interzonenpässe für die aus der Sowjetzone in die Bundesrepublik Einreisenden auf westlicher Seite zu erwirken. Wir können nur hoffen, daß die andere Seite diesem Beispiel folgt.

Anlaß zu tiefer Sorge

Die 20 Millionen wissen, so gut wie wir es wissen, daß der Weg zur staatlichen Wiedervereinigung mit uns durch den Konferenzraum der großen Mächte führt. Aus diesem Bewußtsein heraus mußte es jeder Deutsche begrüßen, daß die Westmächte alle Hemmnisse und Vorbedingungen für eine Viermächtekonferenz aus dem Wege zu räumen suchten.

Auf die Einladung der Westmächte ist am 3. November von der Sowjetunion eine Antwort erfolgt, die für die Wiedervereinigung Deutschlands nicht ermutigend ist. Sie enthüllt einen Stand der internationalen Beziehungen, der uns zu tiefer Sorge Anlaß geben muß. Eine Deutschlandkonferenz der vier Mächte scheint jedenfalls für den Augenblick in unbestimmte Ferne gerückt. Die Lösung der deutschen Frage wird verkoppelt

mit den Fernost-Problemen. Eine eventuelle Viererkonferenz wird verknüpft mit dem Zustandekommen einer Fünferkonferenz unter Einbeziehung des kommunistischen China.

Darüber hinaus verweicht der Kreml die Behandlung der deutschen Frage mit dem gesamten Sicherheitssystem der freien Welt. Er wendet sich gegen ihre Verteidigungsmaßnahmen und versucht erneut, diesem Verteidigungssystem aggressive Absichten zu unterstellen.

Entschlossenes Zusammenstehen

Der Kreml muß wissen — und er weiß es auch — daß mit seiner Antwort nur eines erreicht werden kann: nämlich ein entschlossenes Zusammenstehen der freien Welt und noch entschiedener Bemühungen, sie zu verteidigen.

Es bleibt also festzustellen: die sowjetische Taktik eröffnet keinen Ausblick auf baldigen Ausgleich und auf Überbrückung der Gegensätze zwischen Ost und West. Zur Zeit liegt der Sowjetunion offensichtlich nichts daran, die Deutschlandfrage zu bereinigen, der Kreml will zunächst die Teilung unseres Landes aufrechterhalten, d. h. die Sowjetunion baut ihre Politik noch immer auf dem Status quo in Deutschland auf.

Aktive Diplomatie

Diesen Gegebenheiten ins Auge zu sehen, ist notwendig. Aber das bedeutet nicht, daß wir in bezug auf die deutsche Wiedervereinigung der Hoffnungslosigkeit Raum geben sollen. Einmal sind die Westmächte mit uns der Überzeugung, daß trotz der abweisenden sowjetischen Note die Tür für eine Konferenz offengehalten werden muß. Sie sind — wie wir — der Überzeugung, daß es einer aktiven Diplomatie bedarf, um politische Spannungen und damit auch das Problem unserer Wiedervereinigung mit den Mitteln der Politik zu lösen.

Die Westmächte können auch gar keiner anderen Auffassung sein. Denn geschichtliche Erfahrung und politische Vernunft diktieren die Einsicht, daß dauerhafte friedliche Lösungen und Aufrechterhaltung der Zerreißen eines Volkes einander ausschließen.

Gefährlicher Explosivstoff

Der Bundeskanzler hat in diesen Tagen in einem Interview gesagt, man könne die Stimmung unseres Volkes nicht auf Eis legen. Dieses Kanzlerwort läßt uns vor allem an euch, an die Bevölkerung der Sowjetzone, denken. Wenn von einem 70-Millionen-Volk 20 Millionen unter ständigem unerhörten Druck leben müssen, so muß sich auch bei einem noch so lammfrommen Volk gefährlicher Explosivstoff ansammeln. Deshalb kann die Wiedervereinigung unseres Volkes nicht auf Eis gelegt werden.

Nach allem, was Deutschland in den letzten vierzig Jahren erfahren und erlebt hat, kann sein Streben nur auf Schaffung eines dauerhaften Friedens gerichtet sein. Deutschland braucht eine freie und ruhige Entwicklung. Wie Europa ein freies und in sich ruhendes Deutschland braucht. Das ist ein Verlangen und eine Erkenntnis, die heute jedem Deutschen in den Knochen sitzen. Niemals aber können Freiheit und ruhige Entwicklung auf der Grundlage einer Zerstückelung Deutschlands möglich sein.

Weil wir um Deutschland und um Europa besorgt sind, begrüßen wir den Entschluß der Westmächte zur geplanten Zusammenkunft auf den Bermudas. Wir wissen, daß keine Wunder zu erwarten sind. Aber immerhin geht unsere Hoffnung dahin, daß man durch Bermuda einige Schritte weiterkommen wird.

Das stärkste Argument

Wir hoffen auf endliche Wirklichkeit unserer Gleichberechtigung. Wir hoffen auf konkrete Ergebnisse hinsichtlich der deutschen und der europäischen Verteidigung. Vor allem aber erwarten wir gemeinsam mit euch in der Zone neue Impulse für die Politik um die Wiedervereinigung unseres Landes.

Wir hoffen, daß die Westmächte entschiedenere denn je einer Politik, die auf der Zerstückelung Deutschlands aufbaut, eine Absage erteilen werden, denn eine solche Politik könnte sich auf die Dauer nur gegen Europa auswirken.

Diese Erkenntnis bleibt das stärkste Argument für die Notwendigkeit der Wiederherstellung der deutschen Einheit. Es wird sich durchsetzen.

600 Jahre Allenstein

Berlin (Eigenmeldung). Vor 600 Jahren wurden dem ostpreussischen Allenstein die Stadtrechte verliehen. Bei der Abstimmung vor 33 Jahren stimmten von den damals 20 000 Einwohnern nur 300 für Polen. Bei Beginn des zweiten Weltkrieges hatte Allenstein 50 000 Einwohner. Heute leben dort nur noch 500 Deutsche. Die Bewohner sind über ganz Deutschland verstreut, im Herzen jedoch halten sie an der alten Heimat fest. Das 600jährige Allenstein, das in der „Ostpreußen“-Halle am Funkturm gefeiert wurde, wurde hier zum Sinnbild für ganz Ostpreußen.

Der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen im Bundesgebiet, Eggert Otto, erklärte, es bedürfe der Geduld und des Glaubens, um den Tag der Freiheit abzuwarten, der auch für die Länder jenseits der Oder und Neiße einmal kommen müsse.

Wohl selten hat die Festhalle am Funkturm eine so feierliche Stimmung erlebt wie in den Minuten, als die 3000 Versammelten zum Schluß der Kundgebung das Niederländische Dankgebet, das Deutschlandlied und das Lied der Ostpreußen anstimmten.

Gegen „alten Kirchenkampf“

Berlin (AP). Als Teil des „alten Kirchenkampfes“ bezeichnete das katholische Kirchenblatt für das Bistum Berlin das gegenwärtig im Ostsektor zur Aufführung gelangende Bühnenstück des Ungarn Julius Hay, „Der Putenhirt“.

Deutsche Autos für Kanada

Köln (VWD). Der deutschen Kraftfahrzeugindustrie ist es seit Mitte vorigen Jahres gelungen, auf dem kanadischen Markt Fuß zu fassen. Während im ersten Halbjahr 1952 noch keine deutschen Automobile in Kanada abgesetzt werden konnten, wurden in der zweiten Jahreshälfte deutsche Autos und Ersatzteile im Werte von zusammen rund 200 000 Dollar nach Kanada exportiert. In der ersten Hälfte dieses Jahres stieg der Export auf 898 500 Dollar.

Karteien kommen in den Reißwolf

Der Abschluß der Spendenaktion

Berlin (Eigenmeldung). Sämtliche Karteien, die während der beiden Lebensmittelaktionen für Ostbewohner aus organisatorischen Gründen angelegt worden waren, werden in den nächsten Tagen vernichtet. Die Senatsverwaltung für Wirtschaft und Ernährung hatte die Unterlagen bisher unter sicherem Verschuß aufbewahren lassen. Nun sollen sie durch den Reißwolf gehen.

Die bei den verschiedenen Feuerwehreinrichtungen deponierten Lebensmittelpakete, die aus Sicherheitsgründen von den Empfängern in Westberlin gelassen worden waren, werden jetzt zur Vereinfachung der Abholung an einer zentralen Stelle gelagert.

3,3 Mill. DM für Mütter

Bonn (DPA). Über 3,3 Mill. DM sind in diesem Jahre durch die „Elly-Heuss-Knapp-Gedächtnissammlung“ für das deutsche

Müttergenesungswerk aufgebracht worden. Das sind zehn Prozent mehr als im Vorjahr. Aus einem Bericht geht hervor, daß seit Januar dieses Jahres in den 120 Heimen des Genesungswerkes rund 46 500 Kuren ermöglicht wurden.

Genau Darstellung des Volksaufstandes

Bonn (DPA). Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen hat in Bonn eine kartografische Darstellung des Volksaufstandes vom 17. Juni herausgegeben. Die Karte im Maßstab von 1 : 500 000 gibt durch rote Unterstreichungen die Aufstandsstärke an den verschiedenen Orten an. Außerdem sind alle Kreise und Orte, in denen sowjetisches Militär eingesetzt oder der Ausnahmezustand verkündet wurde, durch besondere Farbgebung hervorgehoben.

Zwischenbilanz der EVG

Monatlang ist man in Frankreich gegenüber dem EVG-Projekt passiv gewesen, teilweise sogar apathisch. Das hat sich in letzter Zeit geändert. Der EVG-Streit ist neu entbrannt, und zwar ganz im Vordergrund des politischen Feldes. Der Grund hierfür ist sicherlich zunächst in der überraschenden Schwenkung Außenminister Bidaults zur EVG hin zu sehen, sodann in der Annäherung Großbritanniens, in dem wiederholten Bekenntnis der westlichen Außenminister zur Verteidigungsgemeinschaft und vor allem in der enttäuschenden sowjetischen Haltung hinsichtlich einer Viereraussprache über Deutschland.

Das Deutschlandproblem, aufs engste verknüpft mit dem EVG-Projekt, wird trotz der sowjetischen Hinhaltenaktik immer stärker diskutiert. Soeben erklärte US-Außenminister Dulles, daß auf einer baldigen Dreierkonferenz entscheidende Deutschlandfragen diskutiert werden sollen, und Anfang Dezember tritt die NATO-Konferenz zusammen. Daß es in beiden Fällen um die deutsche Souveränität (Deutschlandvertrag) und um den deutschen Verteidigungsbeitrag (EVG)

gehen wird, kann nicht bezweifelt werden.

So sehr nun die Franzosen kritisiert werden, niemand wird ihnen abstreiten können, daß sie einen Spürsinn für das politische Aktuelle besitzen. Sie fühlen, daß man dem deutschen Problem nicht länger ausweichen kann, daß man es vielmehr in Angriff nehmen und lösen muß, so oder so. Die gesamte französische Presse diskutiert die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Und die französische Nationalversammlung hat mit 492 gegen 122 Stimmen eine Verschiebung der Debatte über die Europa-Armee und die Europäische Gemeinschaft vom 17. auf den 27. November abgelehnt.

Die belgischen Sozialisten (hier ist die Persönlichkeit Spaaks maßgebend) und die Liberalen haben sich soeben für die EVG ausgesprochen, ebenso die Katholische Volkspartei Hollands. Das wird gewisse Rückwirkungen auf Frankreich haben. Hier stellte kürzlich die keinesfalls EVG-freundliche „Monde“ in einer Meinungsbefragung fest, daß 46 Prozent der Befragten für und nur 22 Prozent gegen die Europaarmee eingestellt sind.

Stärke der US-Truppen bleibt

Erklärung General Hoges — „In zwei Stunden kampfbereit“

Frankfurt (DPA). Der Oberbefehlshaber der US-Truppen in Europa, General Hoge, erklärte in Frankfurt, es gebe keine Anzeichen und keine Richtlinien für eine Verminderung der Truppenstärke der amerikanischen Armee in Europa. Stärke, Ausbildung und Bereitschaft der US-Armee in Deutschland seien heute besser als vor Monaten.

Der General betonte, er stimme mit Adenauer überein, daß jedes Schwächezeichen verhängnisvolle Auswirkungen haben müsse. Die amerikanischen Soldaten wüßten, weshalb sie hier seien. Innerhalb von zwei Stunden könnten sie kampfbereit sein. Wenn die amerikanische Armee jetzt Tausende von Angehörigen ihrer Soldaten nach Europa bringe, um die Haltung der Truppe noch mehr zu fördern, dann könne man diese Maßnahme auch als ein Zeichen dafür werten, wie zuversichtlich die militärische Lage beurteilt werde. Der General kündigte an, daß beabsichtigt sei, noch mehr Batterien mit Atomkanonen in Europa zu stationieren.

Gegen einen „verfrühten Abzug oder eine Schwächung“ der US-Streitkräfte in Übersee hat sich auch der Stabschef des amerikanischen Heeres und frühere Oberbefehlshaber in Europa, General Ridgway, aus-

gesprochen. Er erklärt, eine Verminderung der US-Truppen in Übersee würde ein schwerer Schlag gegen die Freiheit sein.

Bundeskanzler Dr. Adenauer hatte in einem kurz zuvor veröffentlichten Interview mit der amerikanischen Soldaten-Zeitung „Stars and Stripes“ die USA vor einer Herabsetzung der amerikanischen Truppenstärke in Deutschland gewarnt.

Selbst die kleinste Verminderung würde von der Sowjetunion als der Anfang einer allgemeinen amerikanischen Kapitulation im Kalten Krieg ausgelegt werden. Selbst wenn eine Europa-Armee aufgestellt und der deutsche Verteidigungsbeitrag in Höhe von zwölf Divisionen verwirklicht sei, wäre es gefährlich, amerikanische Truppen abzuziehen, heißt es weiter in dem Interview.

Korea-Morde vor den UN

New York (AP/DPA). Ungeachtet einer Brandrede des sowjetischen UN-Delegierten Wyschinski hat die UN-Vollversammlung mit 53 gegen fünf Stimmen bei zwei Enthaltungen beschlossen, den US-Bericht über die von den Kommunisten in Korea an Gefangenen begangenen Greuelthaten zu behandeln. Nach diesem Bericht sind annähernd 30 000 Gefangene von

den Kommunisten unter unbeschreiblichen Qualen liquidiert worden.

Zur Begründung des Antrages hatte der US-Delegierte Lodge vorher darauf hingewiesen, daß die Greuel an Mitgliedern der UN-Streitkräfte begangen worden sind. Die Kommunisten hätten die Grundsätze allgemeiner Menschlichkeit und Anständigkeit, zu deren Erhaltung die UN verpflichtet seien, verletzt.

Molotow konnte niemanden täuschen

Negatives Echo im Westen — Allgemeine Skepsis

Berlin (Eigenmeldung/AP/DPA). Die Erklärungen des sowjetischen Außenministers Molotow, der auf einer Pressekonferenz überraschend betont hatte, die Sowjetunion sei an einer Konferenz der Großmächte interessiert, sind im Westen allgemein mit Skepsis aufgenommen worden. Man weist darauf hin, daß Molotow die alten sowjetischen Forderungen wiederholte, die der Westen bereits abgelehnt hat. Die Erklärung sei wahrscheinlich nur abgegeben worden, um den ungünstigen Eindruck abzuschwächen, den die ablehnende Note der Sowjetunion vom 3. November auf die Einladung der West-

mächte in der Welt auslöste.

Der Sprecher des US-Außenministeriums sagte, wenn die Pressekonferenz Molotows auch offenbar den Zweck gehabt habe, den Ton der sowjetischen Note zu mildern, so habe Molotow doch in keiner Weise die unannehmbaren Bedingungen der Note geändert. Molotow versuche weiter, einen Keil zwischen die Westmächte in Europa zu treiben.

In London glaubt man, daß die Bermuda-Konferenz der unmittelbare Anlaß für die Erklärung Molotows war.

In Paris bezeichnet man Molotows Erklärung als „überwiegend negativ“.

Kein Platz für Kommunisten

Kairo (AP). In seinem ersten Interview hat der neue Herrscher Saudi-Arabiens, König Ibn Saud, erklärt, sein Land biete keinen Platz für den Kommunismus. Das Volk lebe und arbeite im Geiste des Islam.

Zu wirtschaftlichen Fragen bemerkte der König, es sei jederzeit möglich, amerikanisches oder anderes ausländisches Kapital in Saudi-Arabien zu investieren. Die Gesetze des Landes müßten aber beachtet werden.

„Erkundigt“

New York (DPA). Die Sowjetunion hat sich nach den Bedingungen zur Aufnahme in die UNESCO erkundigt. Erst vor einer Woche hatte die Sowjetunion um Aufnahme in die Internationale Arbeitsorganisation (INO) ersucht.

Angst vor Kontrolle

New York (DPA/AP). Im Politischen Ausschuß der UN hat die Sowjetunion überraschend einen abgeänderten Abrüstungsvorschlag eingebracht. Darin verzichtet die UdSSR auf ihre bisherige Forderung nach einer Abrüstung der Streitkräfte der fünf Großmächte um ein Drittel und schlägt statt dessen nur eine „beträchtliche Abrüstung“ vor.

Nach wie vor lehnt die Sowjetunion jedoch eine internationale Kontrolle der Abrüstung ab. Die Westmächte dagegen bezeichnen eine Kontrolle als eine unerlässliche Voraussetzung für jede Abrüstung.

Wollweber und sein Lockspitzel

Hintergrund der SSD-„Enthüllungen“ — Ein Papiervertreter namens Geyer

Erst wenige Monate ist der Sabotage-Spezialist Ernst Wollweber in Zaisers Amt als SSD-Chef tätig, und schon vermögen die westlichen Abwehrstellen Vergleiche zu ziehen. Auf einen Nenner gebracht, würde das Ergebnis lauten: Zaiser war intelligenter, Wollweber ist skrupellos. Zaiser arbeitete auf Sicht, Wollwebers Ehrgeiz sucht Prestige und konzentriert sich auf den Augenblickserfolg. Der jahrzehntelang im Untergrund lebende, aber maßlos eitle Wollweber sucht die Öffentlichkeit. Sein Ziel: er möchte Innenminister werden. Nach einem aufreibenden Leben als Terrorist und Sprengstoff-Attentäter sucht der alte Mann mit dem brutalen Gesicht den Kommandotisch eines Ministeriums. Diesem Ehrgeiz und der Notwendigkeit, den enorm anwachsenden Apparat der sowjetzonalen Geheimpolizei irgendwie zu legitimieren, dienen die „Enthüllungen“, mit denen Wollweber jetzt die Öffentlichkeit zu überraschen sucht.

Jahrelang hat der SSD die westlichen Abwehrstellen geführt, und noch heute bekommen die Agenten, die in die Bundesrepublik eingeschleust werden sollen, zu hören: „Paß nur auf, daß du keinem Mann von der Abwehr in die Finger läufst!“ Die SED-Presse hat sich gehütet, etwas über jenen Apparat zu erwähnen: sie hätte das Auffliegen ganzer kommunistischer Spionagenetze in der Bundesrepublik melden müssen. Jetzt ist es Wollweber gelungen, sich des Papierverretters Hans-Joachim Geyer als Lockspitzel zu bedienen und diesen in eine Widerstandsgruppe einzubauen. Eine Tatsache, mit der jede Abwehrstelle rechnen muß, und die nie geschehen wäre, hätte es sich bei der betroffenen Gruppe um „die Westberliner Filiale des westdeutschen Geheimdienstes“ gehandelt. Denn, soviel weiß auch SSD-Chef Wollweber: Auf einen Kriminalschmökler-Autor Geyer fällt kein wirklicher Geheimdienst herein. Trotzdem bleibt die Frage: Wie konnte es geschehen, daß Menschen in der Zone der Provokation des SSD-Agenten zum Opfer fallen konnten?

Der Kriminal-Schriftsteller

Da ist der in Westberlin arbeitende und in Falkensee in der Sowjetzone wohnende Papierwarenvertreter Hans-Joachim Geyer, 52 Jahre, der für einen Braunschweiger Verlag Kriminalromane schrieb. Im April 1952 fiel dem SSD ein westdeutscher Bankauszug Geyers in die Hände, und man stellte den Kriminal-Schriftsteller vor die Wahl: Gefängnis wegen Währungsver-

brechens oder Tätigkeit für den SSD! Geyer wählte, was ihm leichter fiel. Im August 1952 erhielt er von dem Potsdamer SSD-Oberrat Hubert den Auftrag, sich an einen in Westberlin wohnenden Flüchtling namens Alfred Paulberg heranzumachen, der als ehemaliger politischer Häftling eine Widerstandsgruppe aufzubauen suchte. Im SSD-Auftrag führte Geyer, der sich selbst den Decknamen „Grell“ gab, in der Folgezeit dem Paulberg mehrfach Sowjetzonenbewohner zu, die er unter entsprechender Tarnung und Täuschung und unter schamlosem Mißbrauch ihres ehrlichen Freiheitswillens in der Zone für eine angebliche Widerstandstätigkeit warb.

Provokatorische Aufträge

Mit dieser Gruppe „arbeitete“ der naive Paulberg, von dem Geyer sogar als „Kurier“ eingesetzt wurde. Geyer übermittelte den von ihm selbst geworbenen Leuten nun laufend provokatorische Spionage-Aufträge, die er mit der Potsdamer SSD-Dienststelle Hegelallee und später mit einem Ostberliner Verbindungsmann absprach.

Anfang Juli 1953 berichtete Geyer dem Paulberg, daß er nicht mehr in die Zone zurückkehren könne, weil ihm der SSD auf den Fersen sei. Paulberg mietete für Geyer ein Büro mit angeschlossenem Wohnraum und beließ den SSD-Agenten als „Aufsicht“ darin, bis sich Geyer eine Wohnung gesucht habe. Fortan wurden in unfäßbar leichtsinniger Weise Aktenbogen über die nichtsahnenden Widerstandsleute angelegt. Durchschriften von Meldungen ange-

heftet und eine Kartei aller Personen angefertigt, die Geyer geworden hatte oder zu werben beabsichtigte. Bis zum letzten Tage war der SSD über jeden Vorgang in der „Widerstandsgruppe Paulberg-Geyer“ informiert. Sogar die Aufstellung eines Funkgerätes gestattete der SSD.

Als Paulberg Anfang Oktober auf einige Tage nach Westdeutschland fuhr, nahm er zur Enttäuschung Geyers den Aktenschrank-Schlüssel mit. Am nächsten Tage kam ein Schlosser aus Lichtenberg und fertigte in Nacharbeit den benötigten Sicherheitsschlüssel an. Geyer fotografierte Durchschläge seiner eigenen Meldungen, seiner Personalbogen, alles das also, was unter den jetzt vom SSD veröffentlichten „Dokumenten“ als echt anzusehen ist.

Ein Zeitungsinserat

Mitte Oktober inserierte Geyer in einer Westberliner Zeitung nach einer Sekretärin. Also ein „Geheimdienst“, der vertrauteste Mitarbeiter durch Zeitungsinserat sucht! Ein Mädchen, das Geyer für ein omniöses „Industriewerk“ engagieren will, vermutet dahinter eine Ost-West-Schieberzentrale und benachrichtigt die Kriminalpolizei. Die sucht in Geyers Abwesenheit den „Industrievertreter“ auf. Als Geyer von dem Kripobesuch erfährt, glaubt er sich als SSD-Spitzel entdeckt und flieht unter Mitnahme seiner zum größten Teil selbst angefertigten Akten nach Ostberlin.

Während der SSD zu den lange vorbereiteten Verhaftungen schritt, unterbreitete Wollweber der Presselenkung des SED-Zentralkomitees die notwendige Argumentation. Aus dem Falkenseer Lockspitzel Geyer wurde der „stellvertretende Leiter einer Filiale des Geheimdienstes Gehlen“, aus der sogar für SSD-Begriffe primitiven Provokation eine „mustergültige Arbeit der Staatssicherheitsorgane“. Und hier wird sichtbar, was Wollweber mit dieser Schaustellung erreichen will:

Es geht ihm um die Diskrimi-

(Fortsetzung Seite 6)

Ein Spitzel flüchtete

(Fortsetzung von Seite 5)

nierung jeglichen Widerstandes. Wollweber will, daß sich die Bevölkerung nicht mehr mit den laufend vom SSD verhafteten Menschen solidarisch fühlt. Der Mann, der gegen den kommunistischen Staat opponiert, soll in den Augen der Bevölkerung ein bezahlter Verbrecher und nicht ein ideeller Widerstandskämpfer sein. Es soll zum Beispiel nicht mehr vorkommen, daß der SSD nach einer kleinen Gruppe tschechischer Flüchtlinge wochenlang fahnden muß, weil diese in der Bevölkerung Verbündete besitzt.

Weiter besteht für Wollweber die Notwendigkeit, die Existenz seines neuen Machtapparates von rund 60 000 bezahlten SSD-Agenten zu legitimieren, den Aufbau einer eigenen SSD-Truppe, zu kaschieren und von der weitverzweigten Spionagetätigkeit des kommunistischen Untergrunds abzulenken. Alles in allem: Der SSD brauchte einen Geyer und hat ihn auch verwendet. Daß er keinen besseren fand, dessen Geschichte ehrlicher klingt, liegt in der Natur der Sache. Schließlich ist SSD-Arbeit und Lockspitzeltum nicht jedermanns Geschmack.

Wollwebers Fachleute sind über die Bravouraktion ihres Chefs weniger erfreut. Sie wissen, daß ein Geyer die eigenen Geheimdienstfäden auf Monate hinaus zerstört. Mancher SSD-Funktionär rauft sich die Haare ob der „Enthüllungen“ seines Chefs, und allgemein sagt man beim SSD: „Der Alte sollte lieber weiter Schiffe sprengen, im Geheimdienst macht er nichts als Unfug!“ Nur die SED-Presse schlägt aus der Affäre billiges Kapital. Sie hat die Sache etwas politisch angereichert, ein paar Brücken zur Sprengung vorbereitet und imaginäre Mordpläne gegen SED-Größen aufgedeckt. So bekommt die finstere SSD-Mär auch das für die SED passende Gesicht.

Versetzungen beim SSD

Berlin (Eigenmeldung). Bei allen Dienststellen des Staatssicherheitsdienstes werden zur Zeit auf Anordnung des neuen SSD-Chefs Wollweber Versetzungen in größerem Ausmaß vorgenommen.

Tarzan als Konterrevolutionär

Der volksdemokratische Index schwillt immer mehr an

Der volksdemokratische Index, die „schwarze Liste“ der in den Ostblockstaaten verbotenen und unerwünschten Bücher, nimmt an Umfang immer mehr zu und hat ähnliche Verbotslisten früherer Zeiten längst in den Schatten gestellt.

Ende des vergangenen Jahres umfaßte der rumänische Index allein 9000 Titel, die in einem voluminösen Buch von 700 Seiten aufgeführt waren. Nach Meinung der rumänischen KP-Zensoren gehören zur „faschistischen“ und „monopolimperialistischen“ Literatur u. a. folgende Werke, die sämtlich unter das Lese- und Besetzverbot fallen: alle Schulbücher aus der Zeit vor 1947, alle religiösen Bücher, sämtliche wirtschaftlichen Publikationen, die sich nicht mit dem kommunistischen Wirtschaftssystem befassen und alle Werke, die dem Einfluß der westlichen Kultur auf Rumänien und die übrigen osteuropäischen Staaten auch nur einige Sätze widmen.

In Ungarn verfuhr man sogar noch radikaler. Sogar die Märchen „Schneewittchen“ und „Aschenbrödel“ wurden zu „konterrevolutionärer“ und „feu-

dalistischer“ Lektüre erklärt.

In der Tschechoslowakei üben nach Meinung des kommunistischen Erziehungsministeriums die Werke Karl Mays, Jules Vernes und die „Tarzan“-Bücher Edgar Rice Burroughs' einen „zersetzenden“ Einfluß auf die Jugend aus und mußten aus allen Bibliotheken entfernt werden. In Polen wurden alle Märchenbücher, in denen Prinzen und Könige vorkommen, beschlagnahmt und eingestampft.

Der sowjetische Schriftstellerverband arbeitet jetzt einen umfangreichen Index aus, der für alle Ostblockstaaten gültig sein soll, da es sich herausstellte, daß die einzelnen Literaturverbotslisten in den Volksdemokratien nicht miteinander übereinstimmen. Während man z. B. Andersens Märchen in Moskau noch lesen darf, stehen sie in Polen auf dem Index.

Hennecke wurde gohrfeigt

Berlin (DPA). Der 23 Jahre alte Dreher Gerhard Wege aus Wittenberg, der den Sowjetzonenaktivisten und Nationalpreisträger Adolf Hennecke gohrfeigt hatte und dafür zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, ist jetzt nach Westberlin geflüchtet. 20 Monate seiner Strafzeit hat er in verschiedenen Zuchthäusern abgesessen, bis er nach einem Gnädengesuch seiner Mutter entlassen wurde.

Wie Wege berichtete, hatte er in der HO-Gaststätte Lauchhammer-Mitte mit ein paar Freunden und SED-Funktionären zusammengesessen und über den Begriff Demokratie und Freiheit diskutiert, als Adolf Hennecke die Gaststätte betrat. Wege will Hennecke als „Kronzeugen“ aufgefordert haben, seine Ansicht zu den erörterten Fragen zu äußern. Statt zu antworten, habe Hennecke ihn zunächst aufgefordert, das Lokal zu verlassen, ihn aber dann am Arm gepackt und zur Tür gedrängt. Daraufhin habe er Hennecke mit der

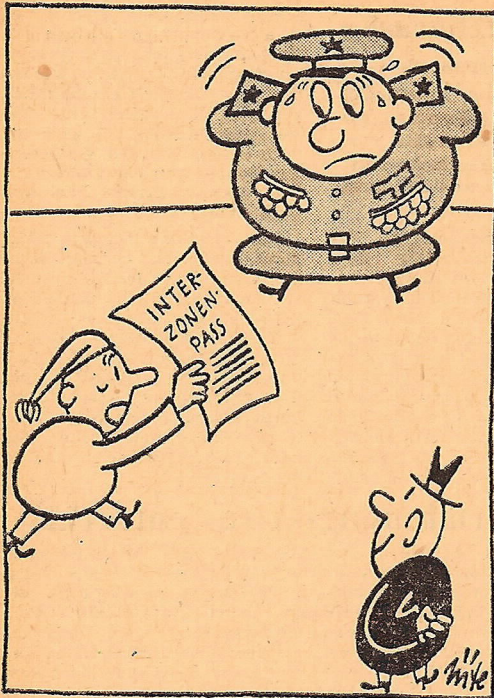
flachen Hand ins Gesicht geschlagen.

Freundschafts-Geschenk?

Berlin (DPA). Eine in den Ländern des Ostblocks festzustellende, aber in Deutschland bisher nicht angebotene besonders gefährliche Viehseuche ist in der Sowjetzone aufgetaucht. Wie den Westberliner Gesundheitsbehörden bekannt wurde, handelt es sich um die ansteckende Schweinelähme, von der, einem amtlichen Bericht der Pankower Behörden zufolge, in der Sowjetzone bereits acht Gemeinden mit 35 Gehöften befallen sind.

Verstärkte Bauernflucht

Berlin (DPA). Die Zahl der Bauernfamilien, die ihre Höfe in der Sowjetzone verlassen und nach Westberlin flüchten, hat sich jetzt wieder erhöht. Gegenwärtig treffen täglich 20 bis 30 Bauernfamilien in Westberlin ein. Die geflüchteten Bauern berichten übereinstimmend, sie könnten ihr Soll nicht erfüllen.



„Er brüstete sich immer mit seiner Stärke, mal sehen, ob er das Stück Papier zerreißen kann!“

Nur flüstern . . .

Für jeden etwas

Schulungsabend. Man spricht von der Kultura. Der Schulungsleiter hat es mit Goethe. Meldet sich einer: „Aber Schiller war doch noch größer. Er hat schließlich für jedes Land ein Stück geschrieben!“

Das ist dem Schulungsleiter neu. Mühsam sucht er sich alles zusammen: „Also für die Schweiz ‚Wilhelm Tell‘. Für England ‚Maria Stuart‘. Für Frankreich die ‚Jungfrau von Orleans‘ und für Spanien ‚Don Carlos‘ . . .“ Aber dann freut er sich: „Nur die große Sowjetunion hat er ausgelassen. Goethe schrieb wenigstens noch den ‚Westöstlichen Iwan‘ — aber Schiller ist nichts eingefallen!“

„Falsch!“ schallt es da aus den Reihen der Zuhörer. „Haben Sie vergessen, daß Schiller die ‚Räuber‘ geschrieben hat?“

Nur einen

Ein westlicher Besucher sieht sich Ost-Berlin an und kommt auch vor das Haus der Volkskammer. Er möchte alles genau wissen, und so fragt er den Posten, der dort Wache steht: „Sagen Sie mal, wie ist das denn in der Volkskammer — kann da ein Abgeordneter überhaupt einen ehrlichen Zwischenruf machen?“

„Selbstverständlich“, wirft sich der Posten in die Brust. Dann überlegt er eine Sekunde und fügt leiser hinzu: „Allerdings nur einen einzigen . . .“

Verchromte Schnüffelei

Seit Thurn und Taxis ist die Post ein ebenso elementärer Bestandteil unserer Zivilisation wie Messer und Gabel, mit denen wir zu essen pflegen. Immer, wenn bei uns die Freiheit bedroht war, wurde das Postgeheimnis verletzt. Für die Bolschewisten in der Sowjetzone gibt es kein Postgeheimnis mehr. In ihrem „Staat“ wird nicht nur ein Heer von Spitzeln besoldet, sondern auch jeder Brief, jedes Paket vogelfrei erklärt. Dennoch gibt man sich dort Mühe, die Schnüffelei technisch einwandfrei und beinahe luxuriös durchzuführen.

Auf den Paketkontrollämtern wurden neuerdings, einer Meldung der „Sächsischen Zeitung“ zufolge, verchromte Nadeln eingeführt, mit denen Nahrungs- und Genußmittel durchstochen werden, denn, so behauptet das Blatt, „Schußwaffen und Schundliteratur“ würden in Kuchen eingebacken oder in Konserv-

dosen verlötet. Diese Nadeln aber liegen in 70prozentigen Optallösungen, und sogar Zellstoff steht zur Verfügung, mit denen sie gereinigt werden.

Welch ein Fortschritt! Wie müssen die Herzen der besoldeten Schnüffler schlagen, wenn sie mit ihren verchromten Nadeln Maschinenpistolen und Handgranaten, in Buttercremetorten eingebacken, entdecken!

Und — „Berufsmäntel“ erhalten sie dazu auch! Hoffentlich mit recht großen Taschen, damit für sie etwas abfällt — und nicht nur für die große Sowjetunion, die uns diese verchromte Schnüffelei bescherte . . .

Linientreuer Wahlspruch

Die linientreuen Funktionäre in der Sowjetunion haben eine neue Entschuldigung gefunden: „Es kann nicht nur aufrechte Menschen geben. Woher sollte man sonst die Volkskammer-Abgeordneten herbekommen?“

Die Prämie

In der Stalinallee ist wieder ein neues Haus fertig. Natürlich vorfristig. Dafür gibt es Prämien. Zu der feierlichen Übergabe sind alle Bauarbeiter erschienen, vorneweg der Polier. Als es endlich so weit ist, wendet er sich mit besorgtem Blick an seine Leute: „Ick gehé jetzt das Geld holen“, sagt er, „haltet ihr so lange die Mauer fest . . .“

Das Orakel

Nach dem 17. Juni war es Grotewohl denn doch mulmig. So bemühte er sich zu einer Wahrsagerin und bat sie, ihm seine Zukunft zu sagen.

Die Wahrsagerin schüttelte den Kopf: „Das kann ich nicht, Genosse Grotewohl!“

„Warum nicht?“

„Weil Sie nun überhaupt keine Zukunft mehr haben.“

Millionenhilfe aus der Holzbaracke

6000 Forscher arbeiten in der Bundesrepublik

Umstanden von hohen Bäumen liegen in stiller Abseitigkeit am Godesberger Rheinufer zwei schmucklose Holzbaracken. Sie beherbergen seit Jahren das Zentralbüro der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft: Das ist die Treuhandstelle zwischen der Wissenschaft und ihren Förderern.

Alles, was an Geldern vom Bund, von den Ländern, den Gemeinden und der Wirtschaft in die große Sammelbüchse der Wissenschaftshilfe wandert, wird von der Forschungsgemeinschaft gehütet und an die förderungswürdigen Institute und Gelehrten verteilt.

Viele Millionen sind seit der Währungsreform durch die Godesberger Kasse gelaufen, aber unermeßlich groß waren auch die Schäden, die der Krieg der deutschen Wissenschaft zugefügt hat. Unendlich viel galt und gilt es zu erneuern, aufzuholen, und mehr denn je sah und sieht sich die deutsche Forschung vor Aufgaben gestellt, die unmittelbar aus der volkswirtschaftlichen Situation unseres überbevölkerten Staatesraumes erwachsen.

In der Bundesrepublik gibt es heute nicht weniger als 6000 anerkannte Forscher. Sie arbeiten auf 144 verschiedenen wissen-

schaftlichen Fachgebieten, die von der Assyriologie über Bergbaufragen bis zur Kernphysik und Krebsbekämpfung reichen, und für sie alle ist die Godesberger Forschungsgemeinschaft zuständig. Um nun zu gewährleisten, daß die Hilfe der Zentrale wirklich dort geleistet wird, wo man sie benötigt und wo sie angebracht ist, werden die eingehenden Förderungsanträge von jeweils zwei Gut-

achtern sorgfältig geprüft: es sind Fachexperten, die von den Forschern der einzelnen Wissenschaftsgebiete gewählt werden und ihre Tätigkeit ehrenamtlich ausüben. Ehe dann eine Zuwendung hinausgeht, wird sie noch einmal von den Vertretern des Bundes und der Länder auf ihre Zweckmäßigkeit hin kritisch überprüft.

Zur Verteilung gelangen meist nicht Barmittel, sondern Sachbeihilfen — von der Elektronenschleuder bis zu ausländischen Zeitschriften. Begabten Nachwuchskräften werden Studien an fremden Universitäten und Forschungsstätten ermöglicht, mit der Unterstützung der Godesberger Treuhänder gingen unlangst Expeditionen in die Sahara, nach Südamerika und in die Südsee.

Kinderlähmungs-Virus entdeckt

Cambridge (USA) (DFA). Der Erreger der Kinderlähmung, dessen erste fotografische Aufnahme dieser Tage der amerikanischen Gesellschaft für Elektronenmikroskopie vorgelegt wurde, ist von den amerikanischen Wissenschaftlern Dr. Bachrach und Dr. Schwerdt isoliert und identifiziert worden. Der Direktor des Virusforschungslaboratoriums der Universität von Kalifornien berichtete vor der amerikanischen

Akademie der Wissenschaften in Cambridge (Massachusetts, USA) über die Entdeckung, die 15 Jahre intensivster Forschungsarbeit der amerikanischen Wissenschaft krönt. Die Isolierung des Kinderlähmungsvirus, das kugelförmig ist und einen Durchmesser von etwa einem vierzigtausendstel Milli-

1000 neue Autos täglich

Das Volkswagenwerk weitet aus — Guter Export

Das Volkswagenwerk, das zur Zeit täglich etwa 730 Fahrzeuge herstellt und davon ein Drittel exportiert, wird nach seinem endgültigen Ausbau Ende nächsten Jahres in der Lage sein, täglich 1000 Autos zu bauen. Diese Mitteilung machte Generaldirektor Dr. Nordhoff in Wolfsburg.

Die Kapazitätserweiterung wird rund 3000 neue Arbeitsplätze schaffen und die Gesamtbelegschaft auf 23 000 erhöhen. Seit September steht das Volkswagenwerk hinter General Motors, Ford und Chrysler an vierter Stelle unter den größten Automobil-Produzenten der Welt.

Zurück nach Berlin

Der weltbekannte S. Fischer-Verlag wird seinen Hauptsitz

künftig wieder in Berlin haben, wie von Senator Tiburtius und Mitgliedern des Verlages mitgeteilt wurde.

„Duell an der Havel“

„Duell an der Havel“ heißt ein neues historisches Drama mit aktuellem Thema von Fritz von Unruh. Es wird im März 1954 aufgeführt.

Kostbarer Fund

Mit einer Bibel aus dem Jahre 1566, die er in einem Müllkasten gefunden hatte, kam ein Hauswart zu den Organisatoren der gegenwärtigen Genfer Bibelausstellung. Dieser außergewöhnliche Fund erwies sich als eine deutsche Luther-Bibel mit besonders schönen Stichen.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

meter hat, wird es ermöglichen, Eigenschaften des Erregers der gefürchteten Seuche zu bestimmen und ihn dementsprechend zu bekämpfen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4, Tel. 920231, Druck: W. Büxenstein, GmbH.